

"Eins, zwei, drei Eckstein - alles muss versteckt sein"
oder: Aktion Zuflucht in Südbaden

Die offiziellen Abschiebezahlen für Baden-Württemberg für 1993 zeigen eine Steigerung von fast 100 % auf; die Zahl derjenigen AusländerInnen, die das Bundesland wieder zu verlassen hatten, stieg zwischen Januar und Oktober 1993 auf total 4.388, im ganzen Jahr 1992 waren es 2.557 Ausgewiesene. Für das Bundesland Hessen wird eine Steigerung der Abschiebungen von 133 % festgehalten.

Herbert Leuninger von "Pro Asyl" spricht von einer "Vorstufe der ethnischen Säuberung" (FR 11.2.94). Immer schneller und immer rücksichtsloser wird abgeschoben - praktisch in jedes Land, aus dem Flüchtlinge nach Deutschland gelangt sind. Denn Abschiebestops gibt es kaum noch (z.B. derzeit noch für KurdInnen aus dem Irak).

Abschiebeknäste werden überall eingeweiht, ob in Glasmoor, Herne oder in Mannheim. In Rottenburg wurden Container für 100

Abschiebegefangene errichtet, die -so die Ankündigung- später auch für "deutsche" Gefangene benutzbar sein sollen.

Aus einer Antwort des Innenministeriums in Stuttgart wird bekannt, dass "rund 15 Abschiebungen von Asylbewerbern (erfolgten), bei denen die Rechtmässigkeit nachträglich zweifelhaft erscheinen könnte."

"Ausnahmsweise" sei es dabei auch zu sogen. Personenverwechslungen gekommen. Das Verhalten der Innenbehörde des Landes sei allerdings im wesentlichen nicht zu beanstanden, da die Fehler jeweils beim Bundesamt in Zirndorf gelegen hätten. (Antwort am 28.12.93 auf eine Anfrage der Grünen im Landtag.)

So also stellt sich das Bild in Stichworten kurz dar; nach Sturz des Art. 16 GG, nach den sogen. Schnellverfahren in Sachen Asylablehnung, nach der fast kaum zu kontrollierenden Behördenwillkür ist folgendes gefragt: wie kann Flüchtlingen gegen diese uferlose Willkür staatlicher Behörden Schutz gewährt werden?

Diese Problematik war aufgrund der zahlreichen Verschärfungen in den letzten Jahren absehbar. Also entschlossen wir uns vor einem Jahr, uns dem zu stellen. Wir waren schon damals mit folgender Situation konfrontiert:

Februar 1993/Freiburg - ein Kurdin wird zusammen mit einem Teil ihrer Familie frühmorgens von der Polizei aus dem Schlaf geschreckt und zum Flughafen Frankfurt/M. transportiert.

Die Information erreicht uns gerade noch rechtzeitig, wir wissen um den noch laufenden Asylfolgeantrag und schalten Rechtsanwältin, Gericht und abschiebende Behörde ein. In diesem Fall konnte die Kurdin mit ihren Kindern schliesslich am Flughafen in Frankfurt umkehren. Eine Entschuldigung durch die Abschiebepolizei für diesen bestätigten Amtsfehler erfolgte nicht.

Eine abgeschobene libanesische Familie aus Freiburg wurde durch israelische Luftangriffe im Juli 1993 ermordet. Auch diese Information erreicht uns nur zufällig; wir überlegten, sollen wir die Bilder der Toten und der zerstörten Wohnung veröffentlichen?

Romas aus Rumänien haben schon lange keine Chance mehr, seit die BRD mit diesem Land einen Abschiebevertrag abgeschlossen hat. Selbst für Somalis gibt es keine Sicherheit im deutschen Asylverfahren. Für Abschiebungen nach Angola hat das Innenministerium in Bonn bestimmt,

dass mitfliegende BGS-Beamte in Luanda wegen Gefahr für ihr Leben möglichst nicht das Flugzeug verlassen sollten - ein Abschiebestop wird daraus aber nicht gefolgert!

Das sind tagtägliche Erfahrungen, die inzwischen viele kennen. Und sie stehen häufig dieser Maschine wütend, aber ohnmächtig gegenüber. Diese Entwicklung hat fast zwangsläufig zur "Aktion Zuflucht" geführt. Wie auch schon zuvor in einigen anderen Städten (Reutlingen, Köln, Stuttgart), gab es lange Überlegungen, was dagegen zu machen sei. Wie viele hatten gegen die Abschaffung des Art 16 GG protestiert (Tag X in Bonn), wie viele haben in den letzten Jahren Kontakte zu Flüchtlinge entwickelt, um im praktischen Anti-Rassismus Erfahrungen zu sammeln? Wo bleiben die Kirchen mit ihrer Möglichkeit, Kirchenasyl zu gewähren (dort tut sich in letzter Zeit einiges!)?

Einige Gruppen im Freiburger Raum wurden angesprochen, ob sie eine solche Aktion mitunterstützen sowie auch den öffentlichen Protest mitorganisieren, der sich an den Abschiebungen jeweils entwickeln kann, der das Problem der "Illegalen" in diesem Land thematisiert, usw. Damit soll auch in der Öffentlichkeit ein Gegenpunkt gebildet und/oder ausgebaut werden. Widerstand gegen die Abschiebemaschine ist möglich!

Kontakt über das Südbadische Aktionsbündnis gegen Abschiebungen
c/o Radicaldemokratisches Centrum, Egonstr. 54, 79106 Freiburg.
Telefonisch erreichbar Freitags ab 20.00 Uhr (0761-33321).